

Steuern erhöht, Zuschüsse gestrichen

DOPPELHAUSHALT Erster schwarz-grüner Finanzplan wurde verabschiedet - Heftige Kritik der anderen Fraktionen

VON DIETMAR FRATZ



Der Rheidter Aschenplatz hat bald ausgedient. Wie im Doppelhaushalt vorgesehen, wird am Ortsrand ein Kunstrasenplatz gebaut. Foto: Fratz

Bergheim. "Der Haushalt ist davon geprägt, dass alle Bürger und Gruppierungen mehr zur Kasse gebeten werden und weniger aus dem Gemeinschaftstopf erhalten." CDU-Fraktionschef Johannes Hübner stellte das Wesentliche des Doppelhaushalts für 2015 und 2016 an den Beginn seiner Haushaltsrede.

Steigen werden die Grundsteuer A von 300 auf 340 Punkte, die Grundsteuer B von 480 auf 600 Punkte, die Gewerbesteuer von 480 auf 500 Punkte und die Hundesteuer schon ab 2016 - ein Jahr früher als vom Kämmerer im Konsolidierungsplan vorgeschlagen - um zehn Prozent. Steigen werden die Kita-Gebühren in den nächsten drei Jahren um jeweils sieben Prozent, die OGS-Beiträge werden angehoben, das Parken wird ab 2016 wieder Geld kosten, und Vereine werden keine Zuschüsse mehr bekommen. Ausgenommen ist die Kinder- und Jugendarbeit in den Vereinen.

Geld steht bereit für den Ankauf des Hochhauses Albrecht-Dürer-Allee, mehr Geld (30 000 statt unter 10 000 Euro) erhalten die Agenden und Bürgerbeteiligungsforen. Für die Neuanlage des Bethlehemer Waldes sind auf Betreiben der Grünen 15 000 Euro vorgesehen, und für die Sanierung der Stadtmauer ist ein Betrag von 500 000 Euro vorgesehen. Hier sollen allerdings zunächst Gutachten abgewartet werden.

SPD: Ein Giftcocktail

Um den öffentlichen Raum so zu gestalten, dass behinderte und alte Menschen barrierefreien Zugang haben, sind erst 5000, im nächsten Jahr dann 40 000 Euro vorgesehen.

Kölner Stadtanzeiger, 24.06.2015

Zum ersten Mal wollten, sagte Hübner, CDU und Grüne gemeinsam Verantwortung übernehmen. "Wir sind in der Vergangenheit nicht besonders feinfühlig miteinander umgegangen", räumte Hübner ein, der betonte, dass es gelungen sei, die Stadtfinanzen nach den Vorschlägen von Kämmerer Alfred Faßbender vor dem Haushaltssicherungskonzept zu bewahren. "Das Zentralbad ist immer noch Beschlusslage", betonte er, doch gebe es auf dem Weg dorthin "ernstzunehmende Vorschläge".

Für Grünen-Fraktionsvorsitzender Peter Hirseler gab es offenbar einige Kröten zu schlucken in den Verhandlungen mit dem neuen Partner. Zwar hat er die Umsetzung des lange gehegten Traums von der Neuanlage des Bethlehem Waldes auf dem Gelände des ehemaligen Tagebaus Bergheim verankern können. Als vehementer Gegner von Kunstrasenplätzen musste Hirseler jedoch der Neuanlage von vier solcher Spielfelder, in Rheidt-Hüchelhoven, Nieder-/Oberaußem, Quadrath-Ichendorf und Glessen (mit Refinanzierungsideen durch Grundstücksverkäufe und Eigenleistungen) zustimmen.

"Die Entwicklung ist nicht aufzuhalten, aber das wird uns noch teuer zu stehen kommen", sagte der Grünen-Fraktionsvorsitzende. Bis zum Jahresende will er das "Herumgeeiere" bei der Bäderfrage - vorerst sollen alle drei Hallenbäder geöffnet bleiben - zugunsten eines Zentralbads für Schul- und Vereinsschwimmens in Quadrath-Ichendorf oder Kenten beendet wissen.

"Zu viele Dächer" habe die Stadt, sagte Hirseler. So müssten für die Tennishalle in Niederaußem trotz des Trägervereins in den nächsten fünf Jahren 900 000 Euro für Sanierungen aufgebracht werden. Ohne den Verkauf von städtischen Immobilien würden "irgendwann im Sozialen Einschnitte fällig. Diesen Tag möchte ich nicht erleben", sagte Hirseler.

Die Steuer- und Gebührenerhöhungen nannte die SPD-Fraktionsvorsitzende Fadia Faßbender einen "Giftcocktail" und beklagte, dass Sparvorschläge, wie die Überführung von Jugendzentren in freie Trägerschaft, keine Beachtung gefunden hätten. Faßbender geißelte zudem den Wegfall des Baulandbonus, die Erhöhung von Steuern (das hätte sie lieber in zwei moderaten Etappen gesehen) Kita- und OGS-Beiträgen, Entwidmung und Veräußerung von Spielplätzen, Kürzungen für Unterrichtsmaterial an Schulen und den geringeren Etat für die Stadtbücherei. Die Parkgebühren nannte sie einen "Schildbürgerstreich". Vom Zentralbad riet sie, Abstand zu nehmen.

Für die FDP freute sich Alfred Friedrich, "endlich ohne Fraktionszwang und faule Kompromisse" abstimmen zu können. Streichungen im sozialen Bereich würden der Stadt "wieder auf die Füße fallen", fürchtet er. Der Haushalt sei "kein Wegweiser in die Zukunft".

Friedhelm Henze, Fraktionsvorsitzender der "Bürger für Bergheim" (BfB), kritisierte polemisch den Meinungswechsel der Grünen zu den Sportplätzen ("Wunder gibt es immer wieder") und betonte, dass der Haushalt auch ohne Erhöhung von Steuern und Gebühren "sinnvoll gestaltet" hätte werden können. "Dann hätten wir diesem Haushalt auch zugestimmt."

CDU und Grüne brachten es schließlich auf 25 Stimmen, SPD, FDP BfB, Linke und pro NRW stimmten mit ihren 19 Ratsmitgliedern gegen den Haushalt.

Einnahmen und Aufwendungen

Für dieses Jahr sieht der Haushalt gut 190,1 Millionen Euro vor, die Ausgaben belaufen sich auf 190,8 Millionen Euro. Im nächsten Jahr nimmt die Stadt 151,1 Millionen Euro ein und wendet 177,5 Millionen Euro auf. Grund für die niedrigeren Einnahmen sind einbrechenden Schlüsselzuweisungen vom Land wegen guter Gewerbesteuererinnahmen im Jahr 2014.

Der Schuldenstand wird Ende des kommenden Jahres bei 111,5 Millionen (2015: 111,9 Millionen) Euro liegen, die Rücklage von 151,8 auf 126,3 Millionen Euro schrumpfen. Ab dem nächsten Jahr greift die vom Bergheimer Stadtrat selbst auferlegte Schuldenbremse, die ein weiteres Ansteigen der Schulden ausschließen soll. (ftz)